



**Wie ist das Verhältnis der Linkspartei zur CDU?
Ist die SPD ein potenzieller Partner? Wohin steuert die
Linkspartei?
Michael Bock sprach mit dem Fraktionsvorsitzenden im
Landtag, Wulf Gallert.**

Volksstimme: Herr Gallert, im November 2007 haben Sie erklärt, dass die Linkspartei in acht bis zehn Jahren mit der CDU koalieren könne. Nun hat Ministerpräsident Böhmer die Linkspartei in einem Volksstimme-Interview scharf angegriffen. Bleiben Sie bei Ihrer Einschätzung?

Wulf Gallert: Solange die Linkspartei und die CDU im Osten durch ihre Wendeerfahrung geprägt sind, wird es eine Zusammenarbeit auf Landes ebene nicht geben können. Was Böhmer fordert – eine stärkere inhaltliche Auseinandersetzung mit uns – macht er nicht. Er wirft uns vor, die Leute wieder einmauern zu wollen. Das ist doch völliger Blödsinn. In dieser Platttheit hätte ich das Böhmer nicht zugetraut.

Das ist aber eine typische Argumentationslinie in der Union. Die CDU hat für das, was sie an der DDR so substanziell kritisiert, substanziell Mitverantwortung getragen. Zumindest, indem sie als Legitimation dafür hergehalten hat.

Die CDU wirft uns ihre eigene Vergangenheit vor. Das ist ihre Art von Vergangenheitsbewältigung.

Volksstimme: Und mit dieser von Ihnen so attackierten CDU halten Sie eine Koalition in acht bis zehn Jahren wirklich für möglich?

Gallert: Gut, wenn man das jetzt so sieht, sind zehn Jahre sehr eng gestrickt. Da kommen wir in andere Bereiche ...

Volksstimme: Böhmer hat auf die Bündnisfrage geantwortet, er wisse nicht, was in 20, 30 Jahren sei ...

Gallert: Eine Kooperation wird es überhaupt erst geben können, wenn Thomas Webel (CDU-Parteichef, Anm. d. Red.), Reiner Haseloff (CDU-Wirtschaftsminister, der als aussichtsreichster Kandidat auf die Böhmer-Nachfolge gilt, Anm. d. Red.) und ich keine Bedeutung mehr auf Landesebene haben. Denn wir gehören alle zu dieser von der DDR geprägten Generation.

Volksstimme: Nun ist es ja interessant, dass überhaupt über mögliche Koalitionen von Linkspartei und CDU gesprochen wird. Wie kommt das?

Gallert: Das hat viel mit der Entwicklung in den Parteien zu tun. Wir sind im Osten eine Volkspartei und müssen regieren wollen. Das ist auch unser Wählerauftrag. Deshalb wenden wir uns an die Partei, die uns auf der linken Seite am nächsten ist.

Die SPD ist in hohem Maße widersprüchlich. Die Schere der unterschiedlichen Positionen geht in der Partei eher auseinander. Ihre Entwicklung ist völlig offen. Damit haben wir langfristig ein Problem.

Die CDU ist deutlich anpassungsfähiger gegenüber veränderten gesellschaftlichen Stimmungslagen als die SPD. Sie gibt das Signal: Bei uns kommen die Dinge auch an. Böhmer ist in dieser Rolle perfekt.

Diese Entwicklungen können über einen längeren Zeitraum dazu führen, dass die SPD nicht mehr die Partei ist, der wir politisch am nächsten stehen. Das ist unser Dilemma.

Volksstimme: Würde die SPD einen linken Ministerpräsidenten akzeptieren?

Gallert: Das wäre ein schwieriger Weg für die SPD. Das habe ich in den 90 er Jahren in der eigenen Partei erlebt. Da gab es großes Misstrauen ob jeglicher Kooperation mit der SPD. Unsere Leute hatten immer eine riesige Angst, die SPD würde uns dann irgendwann schlucken. Die se Angst wich erst, als wir uns trotz der Zusammenarbeit bei den verschiedenen Wahlen behauptet haben ...

Volksstimme: ... und inzwischen vor der SPD liegen.

Gallert: Ja, jetzt hat die SPD die Angst, durch eine Zusammenarbeit mit uns aufgefressen zu werden. Das ist nichts Rationales. Aber so etwas steckt ganz tief drin. Wenn sich die SPD aber nicht auf Dauer gegenüber der CDU kleinmachen will, wird sie um die Option, in einer rot-roten Koalition auch einen linken Ministerpräsidenten zu akzeptieren, nicht umhinkommen.

Volksstimme: Doch wohin steuert die Linkspartei? Ein Parteiprogramm will sie erst nach der Bundestagswahl 2009 beschließen. Ist das nicht zu spät?

Gallert: Da bin ich relativ gelassen. Wir haben ein Eckpunktepapier ...

Volksstimme: ... dessen Aussagewert aber begrenzt ist. Der Vize-Fraktionschef der Berliner Linkspartei, Stefan Liebich, hat gesagt, er rechne in nächster Zeit nicht mit Festlegungen, die über " lausige Formelkompromisse " hinausgingen.

Gallert: Wir werden noch einen Klärungs- und Ausrichtungsprozess haben. Aber selbst ein Parteiprogramm wird immer auch ein Stück Formelkompromiss sein. Im Übrigen sind wir die einzige Partei, in der das als Problem angesehen wird.

Volksstimme: Befürchten Sie nicht eine Auseinandersetzung zwischen Ost-Realos und West-Revolutzern?

Gallert: Wir haben ein breites politisches Spektrum. Wir sind aber nicht völlig unterschiedliche Parteien in einer Partei. Ich glaube schon, dass es noch das eine oder andere Mal kräftig im Karton rappeln wird. Aber man wird sich, da bin ich sicher, zusammenfinden.

Volksstimme: Lothar Bisky hat im vorigen Jahr gesagt: " Wir diskutieren die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse. Wir stellen die Systemfrage. " Wie sehen Sie das?

Gallert: Ja, wir stellen die Systemfrage. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland spätestens seit der Wende eine Dominanz der neoliberalen Ausrichtung, die das politische System bestimmt. Dieses System möchte ich verändern – innerhalb des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Volksstimme: Nehmen wir mal den Wirtschaftsbereich. Was wollen Sie dort ändern?

Gallert: Wir vertreten den Standpunkt : Was alle brauchen, muss allen gehören. Es gibt Bereiche, die sich mittel- und langfristig nicht allein privatwirtschaftlich regeln lassen.

Volksstimme: Was müsste denn vergesellschaftet werden?

Gallert: Ich denke da zum Beispiel an die Energienetze sowie an Wasser und Abwasser. Eine Vergesellschaftung brauchen wir weitestgehend auch im Gesundheitssystem, etwa an den Krankenhäusern. Hier ist substanziell etwas falsch gelaufen. Wir müssen zudem eine Diskussion über den Zugang zur Informationsgesellschaft führen ...

Volksstimme: ... und wohl auch noch einmal über die DDR-Vergangenheit. So haben frühere SED-Funktionäre und DKP-Kader auf der Homepage der Linkspartei ein rosarotes Gemälde der DDR gezeichnet und ein Horrorbild der Bundesrepublik Deutschland.

Gallert: Das ist eine Reaktion auf das, was derzeit öffentlich kommuniziert wird. Es wird ein einseitiges Bild der DDR gezeichnet. Sie wird vor allem durch CDU-Mitglieder sogar mit der Nazi-Diktatur gleichgesetzt. Das ist unerträglich. Trotzdem halte ich eine unkritische Sicht auf die DDR für genauso falsch.

Volksstimme: Wie sehen Sie die DDR?

Gallert: Die DDR war zu differenziert, als dass sie sich auf Begriffe wie Diktatur oder Unrechtsstaat reduzieren ließe. Außerdem verdecken pauschale Urteile die Sicht darauf, dass vieles, was an der DDR zu Recht kritisiert wird, in Ansätzen auch jetzt gesellschaftliche Realität zu werden droht.

Volksstimme: Wie meinen Sie das?

Gallert: Nehmen wir doch mal Hartz IV. Da forscht der Staat die Bürger in ihrem intimsten Bereich aus. Eine parlamentarisch legitimierte Überwachung bleibt eine staatliche Überwachung.

Oder schauen wir auf das Nichtraucherschutzgesetz in Sachsen-Anhalt. Da wird zum Beispiel im Heimbereich versucht, per Gesetz Raucher zu Nichtrauchern zu erziehen. Ich wundere mich, dass Leute, die sonst die DDR als Erziehungsdiktatur bezeichnen, mit solchen Gesetzen keinerlei Probleme haben.